

„Falsches Ehrenamt - richtiges Ehrenamt?“

Soziale Berufe in der Zumutungsfalle - Konsequenzen für Professionalisierung und Qualifizierung

Die Diskussion in den sozialen Berufen um das Ehrenamt als „willfähriger Lückenbüßer“ ist voll entbrannt. Wenn man in den sozialen Berufen starke Emotionen wachrufen will - dann reicht derzeit ein kleiner Satz: „Mehr Ehrenamtler braucht das Land.“

Jene, die die Diskussion vorantreiben, ringen dabei um die „richtige Form des Ehrenamts“ bzw. um angemessene Antworten auf veränderte Motivationslagen. Je nachdem ist vom Freiwilligen, Ehrenamtler, Bürgerschaftler, engagierten Bürger etc. die Rede. Werden die Begriffe auch nicht immer trennscharf benutzt, so steht doch hinter jedem ein spezifischer Gesellschaftsentwurf: die Frage, welche Rolle Gemeinssinn künftig zu spielen hat. Zugespitzt wird um den „idealen Partner“ gerungen für konstatierte Veränderungen.

Bei allen Konfliktlagen zwischen den Professionellen in den sozialen und Gesundheitsdiensten und der öffentlich geführten Debatte vereinigt die Diskurse offenkundig eines: den Streit um die „richtige Moral“.

Doch: Trotz aller streitbaren Heftigkeit in der öffentliche Rede bleibt es gleichzeitig in Qualifizierung und konkreter Umsetzungspraxis um dieses Thema vergleichsweise auffällig still: „Natürlich“ werden Selbsthilfeinitiativen und nützliche Ehrenamtsorganisationen in der Ausbildung genannt bzw. eingeladen, in der Praxis funktionieren die *bewährten* Bündnisse mit dem Ehrenamt. Neu hinzugekommen sind natürlich auch hauptamtliche Freiwilligenanwerber/-agenturen und - vor dem Hintergrund sinkender Bereitschaften beim sogenannten traditionellen Ehrenamt - organisationsspezifische Kampagnen zur Modernisierung dieses Segments. Doch der Bedrohung für die fachliche Qualität und die eigene Zukunft, die aus der Perspektive der Angehörigen sozialer Berufe fast unisono konstatiert wird, wird nur zögerlich durch klare Profilierung entgegengegangen: ob konzeptionell oder qualifikatorisch. Fast mag man sich fragen: Trauen sich die Professionellen selber nicht?

Doch es ist längst höchste Zeit. Qualifizierung muss sich der in Gang gekommen Debatte differenziert stellen! Es braucht eine - erneute - klare Schärfung des Profils, also der Bestimmung der Grenzen von professioneller und bezahlter Tätigkeit und freiwillig - bisweilen ebenso von Profis - geleisteter nicht bezahlter Tätigkeit. Dies gelingt nicht per reaktiver Strategien. Dies gelingt nur auf der Basis einer grundlegenden Auseinandersetzung um die berufliche Identität sowie den daraus resultierenden Strategien mit dem Ziel, einen Professionalisierungsschub zu erreichen, der sich nicht in reaktiver Abgrenzung erschöpft. Auch für die momentan geführte Diskussion um die „Modernisierung“ von Ausbildungen, die bekanntlich qualitativ keineswegs immer nach vorne gerichtet geführt wird, ist eine derartige Standortbestimmung von besonderer Relevanz.

Ein schwieriger Schritt, vergegenwärtigt man sich den - von Ausnahmen abgesehenen - Ist-Zustand. Denn hinhaltender Widerstand der Professionellen in den Organisationen bzw. die strukturelle Klientisierung per Sonderangebotsformen für den engagierwilligen Bürger sind gleichermaßen Ausdruck der Verweigerung einer grundsätzlichen Auseinandersetzung sozialer Berufe mit diesem Thema. Ehrenamtsarbeit wird zugespitzt formuliert vielerorts ggf. schlicht zum neuen Betätigungsfeld sozialer Arbeit - wie Jugendhilfe, Altenhilfe, Behindertenarbeit etc. Sie wird zur Zielgruppenarbeit - der Ehrenamtler zum Klienten.

So scheint es bisweilen fast, als sei in dieser Situation für Professionelle Abwehr und Kontrolle die einzige Option: das Erreichte und den eigenen Platz über Abgrenzung zu den Nicht-Professionellen konservieren. In *dieser* Logik gilt: Sind schon die Eltern und Angehörigen des Professionellen „Widerpart“, so wird es nun auch der von „der von der Politik funktionalisierte Bürger“.



Doch auch umgekehrt funktioniert das Muster trefflich: Die Professionellen werden von den Ehrenamtlichen in punkto Können oft ebenso undifferenziert auf den Prüfstand gestellt. Statt Bündnispartnerschaft dominiert auch hier allzu oft Entwertung - auf der Ebene des Könnens *und* der Moral.

Die Konsequenz: Die Verständigung über das „richtige bzw. bessere Ehrenamt“ erfolgt zwischen den Beteiligten in der Regel ergebnislos. Auf der Basis vertrauter, z. T. „archaischer Reflexe“ wird dann debattiert um einen (!) gesellschaftlichen Lebensentwurf, der aus der eigenen Logik bindend werden soll - nicht mehr und nicht weniger. „Was der Bürger soll“ bzw. „was der Bürger kann“, „dass er nicht will“ bzw. „wollen würde, wenn er dürfte oder könnte“ bzw. „was der Professionelle doch auch nicht besser oder gar nur schlechter kann bzw. wo er längst kein Herz mehr zeigt“, darum kreisen die in den Himmel geschriebenen Fragen. „Der Bürger“ - „der Professionelle“: zwei Spezies?!

Nun ließe sich lapidar feststellen, dass die obige Skizze zu grobflächig ist bzw. dass Kontroversen der Vielfalt der Feldes geschuldet sind: Denke man nur daran, dass es schließlich Professionelle unter den Freiwilligen gibt, die Grenzen zur Selbsthilfe fließend sind, die Arbeitsteilung zwischen Ehre und Amt oft noch der Geschlechterlinie folgt usf. Oder: Man könnte konstatieren, dass eine produktive Bewegung davon behindert sei, dass die Debatte um das Ehrenamt nur als Keilriemen benutzt werde, um weitreichende sozialpolitische Strukturveränderungen voranzutreiben. Daher könne es allzu leicht geschehen, von der „falschen Seite“ verstanden zu werden, wenn man die Barrikaden lockere. Bewegung sei daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt kaum in konstruktive Bahnen zu lenken und zu denken.

Zutreffend ist: Zuviel auf einmal wird in das Ehrenamt „hineingerührt“. Je nachdem dominieren fundamentale Kritik an einem - beklagten - gesellschaftlichen „Wertewandel“, die Dimension Wertschöpfung über den 3. Sektor, Zwänge aufgrund der Krise der öffentlichen Haushalte sowie der Krise der Arbeitsgesellschaft oder ein Infragestellen der etablierten Institutionen. Freiwilliges Engagement sei *die* Ressource für mehr Bewegung im System. So weit, so gut - doch nur „wohin“ ist strittig.

Was für die einen Wegrationalisierung resp. die Absenkung von Standards bedeutet, ist den anderen Chance für einen neuen Arbeitsbegriff, für mehr Sinnstiftung, für bezahlbare soziale Dienste, für eine Kultur des Sozialen usf. Und für alles gibt es gute Argumente: dafür und dagegen. Denn ist es realistisch, die Wachstumsbranche personenbezogene Dienstleistungsberufe durch Freiwilligendienste grundsätzlich zu gefährden? Ist es wahrscheinlich, dass ausgerechnet jetzt, wo bezahlte Arbeit ein knappes Gut ist, es eher gelingt als zu Zeiten der Vollbeschäftigung die Aufwertung sozialen Engagements für den Einzelnen und die Gesellschaft zu erreichen? Wie überzeugend ist der Zugang, Sinnstiftung über eine neue Kultur des Sozialen zu erzielen, wenn der Einzelne mit - zu vielen - neuen Unsicherheiten in der Lebensgestaltung konfrontiert ist? ...

Was also tun? Für Vertreter der sozialen Berufe steht zunächst einmal eines vorrangig und dringend an: ihre wohl begründete, aber angstbewehrte Perspektive aufzugeben. Denn: Mit der fatalen Konsequenz „Sich lieber gar nicht bewegen, als etwas Falsches tun“, destruieren, in jedem Fall beschädigen sich die sozialen Berufe am Ende nur selbst.

Zugespitzt formuliert: Soziale Berufe verharren gegenwärtig noch in der Zumutungsfalle. Indem sie sich in ihrer Qualität und Professionalität verkannt fühlen, beschränken sie sich allzu oft darauf, (1) sich in der Logik der Widerrede zu verausgaben oder (2) jenseits theoretischer Auseinandersetzungen weitgehend die klassischen professionellen Trampelpfade zu betrachten oder nutzen.

Statt offensiv die Schnittstellen zu definieren, Handlungsoptionen zu skizzieren, Angebote zu machen, Probehandeln zu intensivieren, dominiert vielerorts Zuwarten, schlechtestenfalls Aussitzen. Für Fachkräfte eine wenig überzeugende Selbstdarstellung - nicht zuletzt gerade gegenüber den - ob freiwillig oder nicht freiwillig tätigen - Bürgern, die Abnehmer ihrer Dienste sind.



Offenkundig wird und ist die berufliche Identität tangiert: eine klassische Krise also. Die Hauptmusik spielt dabei sicher die Ökonomisierung des Sozialen, in der soziale Berufe noch nicht zu klaren fachlichen Antworten gefunden haben und deren symptomatischer Ausgang oft kurzschlüssig im Ehrenamt antizipiert wird.

Für eine angemessene Profilierung auf die neuen Herausforderungen fehlt noch weitgehend ein differenziertes Verhaltensrepertoire. Wenn aber die Profis sich nicht neu in Beziehung setzen können zu den Bürgern, sie, die sie die ausgewiesenen Experten für Kommunikation, Gemeinwesenorientierung etc. sind, dann kommen und bringen sie sich zu Recht ins Gerede.

Wenn dies doch so einfach auf der Hand zu liegen scheint - wo liegen wesentliche Blockaden, auf die Qualifizierung Einfluss nehmen kann? Zu mindestens drei Barrieren hat Qualifizierung beste Zugänge - da sie diese tendenziell erst- bzw. miterzeugt.

- (1) Berufliche Verantwortung und Identität werden in den sozialen Berufen eher individuell als dialogisch definiert. Die Identität gerät so zu einem potentiell „Zwangsgehäuse“ (Keupp). Der einzelne wird „stark“ gemacht für das System, in dem er für und mit dem Klienten handeln soll.
- (2) Die moralische Aufgeladenheit der Debatte korrespondiert mit einem spezifisch moralischen Selbstverständnis sozialer Berufe. Ob sie sich im Mainstream oder im Gegenwind befinden: Der Reflex zu moralischer Selbstüberzeugtheit ist hoch und wird sowohl durch eine Tendenz zur Standardisierung in den Diensten und (damit) über Ausbildung eher befördert, als einer reflexiv-distanzierenden Betrachtung unterzogen.
- (3) Die Debatten um die Qualifizierung und Qualität sozialer Berufe wird z. T. flankiert von einer manisch zu nennenden Machbarkeitsbehauptung, die Lösungen verstellt. Vielerorts folgt Qualifizierung dem Druck einer Behauptung disponibler Machbarkeiten, indem sie „alles“ für sich per Überschrift strategisch reklamiert, ohne die Inhalte zeitlich, strukturell und disziplinar realisieren zu können.

Gelingt es den Professionellen nicht, diese Barrieren konstruktiv aufzulösen, werden sie absehbar an Glaubwürdigkeit und Image verlieren.

Denn: Soziale Arbeit würde sich damit nicht weniger als die Basis für das entziehen, was sie charakterisiert. Schließlich kann es in einer Ko-Produktion, die das Charakteristikum personenbezogener Dienstleistungen darstellt weder *eine* Moral noch *ungeteilte* Verantwortung geben!

1. Berufliche Identität - Profil oder Abgrenzungsmodus?

Die Identitäts-Achse „Ich bin ein anderer als“ mein Klient, die potentiell immer prekär ist, kann in *beruflichen* Beziehungen als weitgehend gesichert angesehen werden. Die Fähigkeit zur professionellen Distanz ist schließlich ein zentrales Ausbildungsziel in den personenbezogenen Dienstleistungsberufen, damit der andere in seiner Verschiedenheit wahrgenommen wird und nicht hinter parteilicher Identifizierung verschwimmt.

Doch wie verhält sich dies bei einem Gegenüber wie dem freiwillig engagierten Bürger? Ist er nicht selbst Zielgruppe beruflicher Arbeit, funktioniert der Modus der distanzierenden Unterscheidung erst recht dann nicht mehr, wenn er zudem noch ein einschlägig qualifizierter Bürger ist. Ist dann berufliche Identität wesentlich über Abgrenzung definiert, also reaktiv, muss für den Fall, da der andere zu ähnlich erscheint, die Verschiedenheit noch detaillierter aufgesucht werden. Noch schwieriger wird es potentiell dadurch, dass nicht zuletzt viele Professionelle selbst freiwillig sozial engagiert waren oder sind. In dieser Konfluenz gerät der andere deshalb leicht zum Widerpart, nicht weil er in der Kompetenz so ähnlich, sondern weil in der beruflichen Identität die Arbeit mit dem „frei flottierenden Bürger“ keinem „Ich bin“ entspricht.



Zu wissen, wer man ist, und die Sicherheit, sich auch noch morgen als derselbe wiederzuerkennen, besitzt jedoch in unserer Kultur einen hohen Wert. Identität wird zur Aufgabe und zur Bürde einer Selbstaffirmation angesichts dessen, was unter dem Begriff des „gesellschaftlichen Strukturwandels“ nur dürr in seinen Auswirkungen auf den Einzelnen hervorscheint. Wahlbiographie ist nicht mehr nur Option, sondern längst schon Zwang.

Eine berufliche Identität zu haben, definieren zu können, was die eigene Kompetenzdomäne ist, gilt als Ausweis von Professionalität. Qualifizierung folgt diesem Auftrag durch die Redewendung „Ihr als Erzieher, Altenpfleger, Heilpädagogen, Sozialarbeiter etc. solltet ..., seid in besonderer Weise, als einzige dafür qualifiziert, dies und jenes zu tun“. Initiiert und inszeniert wird eine Zugehörigkeit aufgrund einer gemeinsamen Qualifikation: einer - im Idealfall - definierten spezifischen personalen, fachlichen und methodischen Kompetenz. Vor allem in den sozialen Berufen geht es dabei auch um die Aneignung professioneller Distanz auf der Basis reflektierter Empathie.

Häufig wird Profilierung im Sinne eines Erwerbs beruflicher Identität in Qualifizierungsprozessen jedoch schlicht nur über ein propagiertes Anderssein angeboten: Das schwierige Image sozialer Berufe, was die gesellschaftliche Anerkennung angeht, wird dann von Aus- und Weiterbildung kurzschlüssig zum Anlass genommen, die künftigen Fachkräfte stark und selbstbewusst zu machen gegenüber öffentlicher Infragestellung. Damit wird tendenziell ein Idealbild zementiert, das wenig Realitätsnähe zu den wirklichen Kompetenzen und Aufgaben besitzt: „Man ist schon deswegen gut, weil man für Menschen arbeitet.“ Strukturell unvermeidliche Erfahrungen von Überforderung und Grenzen des eigenen Handelns sollen so für den Einzelnen erträglicher werden, indem er rückhaltlose Anerkennung bekommt. Doch: Studierende werden so potentiell klientisiert, sie erhalten ein Verführungsangebot, sich über die Zugehörigkeit zu einer Gruppe zu stabilisieren, wie immer differenziert sich der Einzelne gegenüber den anderen Berufsangehörigen auch definieren mag. Setzt Qualifizierung nicht zugleich systematisch den Fokus darauf, was der Einzelne und die Profession nicht kann, wird berufliche Identität fragil und damit potentiell starr. Im Ergebnis wird dann auf neue Anforderungen abwartend bzw. anklagend reagiert: „Man erkennt unsere Arbeit nicht angemessen an.“ Doch wer soll dafür sorgen, wenn nicht die Professionellen selbst? Das Einfordern von Anerkennung ist im Rahmen von Identitätsentwicklung stets ein Zeichen dafür, dass die Person noch abhängig ist vom Spiegelbild des Gegenüber und Frustrationstoleranz aufgrund klarer Ich-Grenzen noch nicht besitzt. So fällt es vielen Professionellen leicht, sich gegenüber anderen Berufsgruppen in einem „wir machen das besser..., wir sind dafür geeignet...“ zu äußern, schwierig wird es jedoch oft schon bei der Aufforderung zu einer argumentativen Begründung dieser programmatischen Selbstbestimmung.

Die starke Rückversicherung auf ein schlichtes professionelles Anderssein i. S. einer *eingengten* Wahrnehmung des Ehrenamtlers als potentiellen Jobkiller spricht dafür, dass Professionelle eine Entgrenzung des Ich erfahren, auf die mit Ausgrenzung reagiert wird. Mit dem Klienten kann ausgehandelt werden, da die Identitätslage eindeutig ist. Wie aber soll eine Ko-Produktion mit dem Ehrenamtlichen aussehen - ohne die *Federführung* i. S. eines klaren Erhalts professioneller Standards zu verlieren? Die Aufweichung scheint vorprogrammiert - eine Nähe zu gefährlich. Sie ist es jedoch nur, wenn statt der Möglichkeit, Ziele gemeinsam zu entwickeln und Wege zu gestalten, eine Wahrnehmungsverengung obsiegt nach dem Motto: „Der Bürger mischt sich in etwas ein, das er nicht richtig versteht.“ Paradox genug: Diejenigen, die das Einmischungs-Expertentum für sich reklamieren, wünschen keine Einmischung. Das Ergebnis: eine verstockte Beziehung, beidseitig. Es wird Klage geführt: Der Ehrenamtliche verstehe den Professionellen - der Professionelle den Ehrenamtler immer nur schwer. Wie in einer gescheiterten Beziehung, scheint der eine auf den anderen zu hoffen, dass er endlich begreife und die Anerkennung zollt, die man für sich in Anspruch nimmt. Bringt aber die Frage der Bringschuld weiter?

Vermutlich kaum und zugleich doch. Denn es sind die Professionellen, die hier in einer klaren Verantwortung sind. Sie werden für das, was sie tun, qualifiziert und bezahlt. Sie müssen daher Einmischungen wünschen *und* gestalten können. Qualifizierung muss das entsprechende Kompetenzspektrum vermitteln und dabei den Fokus zugleich auf Profil wie auf Kompe-



tenzgrenzen setzen. Voraussetzung ist hierfür eine Entfrachtung von positiv aufgeladenen berufspolitischen Zuschreibungen, die bisher über Qualifizierung transportiert wird. Sie verschafft Bewegungsfreiheit für neue Bündnispartnerschaften - auch mit dem Ehrenamt!

2. Standardisierung und Moral -

Oder: „Wenn nur die Menschen nicht immer alles durcheinander bringen würden ...“

Eine seltsame Ungleichzeitigkeit ist in der politischen Gestaltung des Sozialen derzeit zu konstatieren. Auf der einen Seite dominiert bei den Sozial- und Gesundheitsdiensten eine Fragmentierung ihres Handelns. Die Orientierung an der Person, die Individualität eines Hilfefprozesses unterliegt immer mehr einem Zwang zur Standardisierung, die den Einzelnen (Nutzer wie Dienstleister) in einem Maß verengt, dass er als Person strukturell zum Schwinden gebracht wird. Die Altenhilfe der Zeittakte und Minutenwerte, die längst eine Entfernung von einer angemessenen Lebensweltorientierung erzwungen hat, kann hierfür als exemplarisches Beispiel dienen. Inwieweit diese Tendenz sich in der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Arbeit mit Menschen mit Behinderungen durchsetzen kann, liegt nicht zuletzt daran, wie Professionelle ihre fachlichen Leitorientierungen durchsetzen werden.

Die sozialen Berufe erleben insgesamt, mit je unterschiedlicher Intensität, einen Prozess der Verarmung ihrer Handlungsspielräume, einen Einbruch in ihre Ethiken beruflichen Handelns.

Demgegenüber gelten die Ehrenamtlichen als Reichtum dieser Gesellschaft. Sie scheinen als Ressource für den sozialen Kitt auf. Das soziale freiwillige Engagement wird zugleich bereits als Wettbewerbsfaktor von Institutionen gehandelt. Der aktivierende Staat setzt auf das Humankapital der aktiven Bürger.

Im Blick auf die Professionellen überwiegt der Belastungsdiskurs: Anstiftung zu struktureller Feindschaft? Wohl kaum - wenn auch die Frage, ob dies gewollt ist, für das absehbare Ergebnis in der Beziehung der so öffentlich „Vorgeführten“ wohl von geringer Bedeutung ist.

Die in Gang gekommenen flächendeckenden Normierungen auf seiten der Dienstleistungen, der Glaube an die Vertretbarkeit und Wirksamkeit fachlicher Kontrollen, stehen noch in einer weiteren Hinsicht in eigentümlichen Kontrast zum Werben um das Ehrenamt: Denn sind nicht freiwillig Engagierte - auch wenn sie in Organisationen auf tradierte Weise fest eingebunden sind - das „Unordentlichste“ an sich: kaum standardisierbar, kaum sicher abrufbar, kaum klar überprüfbar?

Von außen betrachtet entsteht der Eindruck, als wenn der Qualitätsbegriff strukturell auf eine Weise aufgeteilt wird, dass auf der einen Seite statt Qualität Überschaubarkeiten organisiert werden, auf der anderen Seite Qualität sich im Tun an sich erschöpft. Zugleich wird in ein System von Kontrollen investiert, dessen Wirksamkeit und ethische Vertretbarkeit erst gar nicht in Frage gestellt wird. Hier werden den Professionellen auch in den privaten Beziehungen (z. B. häusliche Pflege) Interventionsrechte zuerkannt, die im Anforderungsspektrum und in ihrer Komplexität sehr diffizil sind.

Es wirkt wie ein Muster von Freisetzung und Zwang, das sich wiederholt. Und es ist schon beeindruckend, wie es gelingt, eine z. T. flächendeckende Normierungspraxis gegen die Individualisierung und Pluralisierung der Gesellschaft dort durchzusetzen, wo das Soziale besonders gefährdet ist: siehe nicht zuletzt in den abhängigen Lebenslagen pflegebedürftiger alter Menschen.

Dabei geht es nicht darum die unbestritten wichtige Klarheit über Verfahrenswege für qualifiziertes Handeln in Frage zu stellen. Vielmehr geht es um eine folgenschwere „Negation des Freiheitsgewinns“ (Keupp) von Individualisierung, die geradezu eine Vielfalt von Qualitätssicherungsverfahren zwingend notwendig macht, anstatt auf Normierung zu setzen.



Und schafft nicht eine flächendeckende Normierungspraxis die Basis dafür, dass den Professionellen in der beruflichen Sozialisation in Qualifizierung und Praxis die Potentiale für eine verstärkte Bündnispartnerschaft von Bürgern und Professionellen geradezu abtrainiert werden? Denn wenn an die Stelle der Ethiken beruflichen Handelns überprüfbare Standards treten, bleibt strukturell die Qualifizierung zu einem Denken in Zusammenhängen, zum Umgang mit Dilemmasituationen, zur Fähigkeit Schnittstellen wahrzunehmen und zu nutzen außen vor. Tendenziell überwiegt dann die Form vor dem Inhalt. Der damit angeschobene Prozess der Vereindeutigung vergrößert damit die Kluft zwischen den Professionellen und den Bürgern. Dort, wo Normen einer Entwicklung Vorschub leisten, die es schon längst nicht mehr zu einer Frage der Zeit machen, von Fachleuten, wie kürzlich in einer Podiumsdiskussion von Experten geschehen, einen Standard „Weibliche Masturbation im Altenheim“ als machbar zu propagieren, werden moralische Legitimationen von Grenzüberschreitungen angeboten, die sozialen Berufen nicht gut tun können und gegenüber denen sie sich strikt verwahren sollten.

Blickt man auf Tendenzen, seitens der Berufe viele Debatten mit Moral zu übersäuern, fußend auf der bereits angeführten wiederkehrenden Rede von der nicht vorhandenen oder nicht ausreichenden gesellschaftlichen Anerkennung der Berufe, so wird deutlich, welch hohes Verführungspotential die dergestalt angebotene Normierungspraxis birgt. Imagewandel, Klarheit gegen gemischte Gefühle, gemischte Wahrnehmungen und Optionen sowie klare Abgrenzung vom Bürger heißen die Versprechen.

Auf welcher Basis kann und soll hier eine Bündnispartnerschaft mit dem Ehrenamt sich etablieren? Bestenfalls wohl als Standard „Ehrenamt“ als vorgeschriebenes Qualitätsmerkmal für Institutionen. Dabei sei dahingestellt, ob das „neue Ehrenamt“ mit seinen konstatierten veränderten Motivationslagen, genau nicht reglementiert eingebunden werden zu wollen, sich in eine solche Form bereits propagierten „ehrenamtlichen Outsourcings“ bewegen wird.

Fazit: Schaut man auf die Entwicklung in den Diensten, so sieht es sehr danach aus, dass Ehrenamtliche und Professionelle sich in zunehmend konträre Richtungen bewegen. Qualifizierung muss hier deutliche Akzente setzen, damit die Möglichkeiten „diagnostische Weihen“ zu erhalten, die sich Professionelle von der neuen ihnen angebotenen Funktionsträgerschaft von Standardisierungen in einer „Welt der Vorbehaltsaufgaben“ versprechen, nicht dazu führen, dass der Blick auf die machbaren Koproduktionen und Bündnispartnerschaften noch weiter verstellt wird.

Eine andere Richtung einzuschlagen hieße jedoch, die Linie, die „verrichtungsbezogenen“ Leistungen von den „kommunikativen“ Leistungen zu trennen und erstere zu „Vorbehaltsaufgaben“ zu machen, völlig zu revidieren. Diese Auseinandersetzung um eine veränderte Profilierung voranzutreiben ist eine überfällige Aufgabe von Qualifizierung. Die Beziehung zwischen den sozialen Berufen und den sozial Engagierten liegt nicht in der Aufteilung von Tätigkeiten begründet, sondern in jeweilig spezifischen Zielstellungen für ein Gemeinwesen, m. a. W. in seiner gemeinsamen Gestaltung auf der Basis unterschiedlicher Rollen und Funktionen.

3. Mythen des Könnens - „schlank bei steigendem Abwärtstrend“?

Insbesondere die Berufe auf dem Niveau dreijährig qualifizierter Fachkräfte geraten im Verhältnis zu den Ungelernten und auf der Hochschulebene Qualifizierten sowie dem sozialen Ehrenamt zunehmend in multiple Sandwichpositionen. Dies hat auch etwas mit der Rede von den Schlüsselqualifikationen, insbesondere den personalen Qualifikationen zu tun, die unverändert in den öffentlichen und Berufsbildungsdebatten Hochkonjunktur haben.

Waren diese in früheren Zeiten Domäne der Berufe im Sozial- und Gesundheitswesen, so sind sie längst zum globalen Anforderungsprofil im Zuge der Wissensgesellschaft avanciert. Aufgrund des Abstraktionsniveaus und gleichzeitiger Griffigkeit der Begriffe, scheint es jedermann und jederfrau unstrittig, dass man sie braucht und - per Qualifizierung - „kriegt“. Da jedoch der Qualifizierungsweg, der hierfür notwendig ist, oft in der Dauer und in den Rahmenbedingungen der Ausbildung keine Entsprechung besitzt, führt das flächendeckende



Im-Munde-führen dieser Qualifikationen mittlerweile zu einer tendenziellen Erosion des Profils erneut gerade der sozialpflegerischen, sozial- und heilpädagogischen Berufe (siehe exemplarisch den Entwurf eines Bundesaltenpflegegesetzes). Da die auch „soft skills“ genannten Qualifikationen als berufsunabhängig und diese zugleich noch immer als eher angeboren als gelernt gehandelt werden, geraten die Berufe in besonderer Weise in den Druck und die Versuchung, ihre Legitimation bei den standardisier- und sichtbaren Leistungen zu suchen.

Beobachten wir einen Ausverkauf sozialer Kompetenzen auf der Ebene dreijährig qualifizierter Fachkräfte? Mit dem Tenor: „Sprechen kann ja schließlich jeder - und zuhören auch, als Leistungskomplexe unterliegen diese Bereiche auch keiner Qualitätskontrolle“ - „reichen also nicht vielmehr die Fachkräfte für das Handgreifliche und die Grünen Schwestern für die Iso-lierten?“

Wenn ja, wer sind die entscheidenden Akteure dieses Ausverkaufs? Jenseits der Effekte politischer Steuerungen sind es vor allem die Nutzer der Dienste und die breite Öffentlichkeit - jedoch nur dann, wenn es den Professionellen nicht gelingt, ihre Kompetenzen überzeugend wirksam werden zu lassen. Mit anderen Worten: Gerade die personalen Kompetenzbereiche der Zusammenarbeit, der Konfliktmoderation, der Beratung, der Empathie, der Ermutigung und Analysefähigkeit, der strategischen Einflussnahme etc. sind die entscheidenden Signale in der Darstellung der Profession nach außen.

Mehr als die sichtbaren Handreichungen sind es diese Dimensionen, die als Kompetenzdomäne im Hilfeprozess für den Nutzer sichtbar werden müssen. Nur was konkret nachvollziehbar ist, wird auch als Wert für die Gesellschaft sichtbar. Nutzer, Angehörige und soziales Umfeld sind Multiplikatoren für das berufliche Image. Und in besonderer Weise ist es das Ehrenamt, das in seinem Selbstverständnis den eigenen wertvollen Beitrag natürlich mit dem der bezahlten und qualifizierten Kräfte vergleicht.

Ausbildung muss gerade angesichts - jedoch nicht wegen(!) - der öffentlich geführten Debatten um das soziale Ehrenamt dafür qualifizieren, die Kooperation mit allen Beteiligten gelungen zu gestalten. Die Konzentration auf das sogenannte „Eigentliche“, das Kind, den Jugendlichen, den Alten etc. ist stets als „Kunstfehler“ zu identifizieren. Nur im Kontext mit dem gesamten Umfeld inklusive der das Gemeinwesen mitgestaltenden Akteure können soziale Berufe ihre Expertenschaft für kommunikative Prozesse unter Beweis stellen.

Zwingend gilt dabei jedoch unverändert auch: Da personale Schlüsselqualifikation derzeit inflationär behauptet und damit strukturell entwertet werden, müssen soziale Berufe neben dem, was sie können, differenziert öffentlich darstellen, wo ihre Grenzen liegen. Nur wer in der Lage ist, deutlich zu machen, welche Aufträge er übernimmt und welche nicht, ist glaubwürdig und in seinen Leistungen sichtbar. In diesem Sinne sind transparente Profile sozialer Berufe längst überfällig. Nicht zuletzt würde dies wiederum die Schnittstellen zu den sozial freiwillig Engagierten deutlicher konturieren.

Fazit:

4. Aufbrüche: Soziale Berufe und freiwilliges soziales Engagement

Klienten- und Gemeinwesenorientierung sind in der sozialen Arbeit zwei Orientierungen, die in der Praxis oft zu Lasten des Gemeinwesenansatzes entschieden wird.

Personenorientierung und Gemeinwesenorientierung sind für freiwillig engagierte Motive, die sich ergänzen oder gewichten können.

Worin könnten der Auftrag und die Voraussetzungen einer gemeinsamen Ko-Produktion bestehen?



Voraussetzungen: Ko-Produktion setzt wechselseitige Anerkennung voraus. Die Unterscheidung zwischen „richtigem und falschem Ehrenamt“ macht keinen Sinn: wohl aber eine konflikthafte Auseinandersetzung um angestrebte Ziele. Die Debatten darum, wer sich in welcher Avantgarde-Position an der Spitze der Freiwilligenbewegung, ob „altes“ oder „neues Ehrenamt“, Bürgerbewegung oder bürgerschaftliches Engagement etc., befindet, können soziale Berufe dabei getrost vernachlässigen. Dissens und Konsens ergeben sich konkret: im Aushandlungsprozess über das Ziel. Die Buntheit des Engagements, der Anliegen und Motive bahnen zu wollen, folgte allenfalls wiederum dem Satz: „Wenn nur die Menschen nicht wären.“

Die Sorge darum, dass Ehrenamt Beruflichkeit in bestimmten Segmenten verdrängen könnte, muss differenziert geprüft werden. Wo dies gelingt, bedeutet dies nicht unbedingt, dass professionelle Tätigkeit ersetzt worden ist. Es kann auch sein, dass eine Fachkraft ersetzt wurde, die nicht professionell handelte bzw. in einem Sektor tätig war, in dem in der Tat keine professionelle Kompetenz vonnöten war.

Soziale Berufe, insbesondere Sozialarbeiter und Sozialpädagogen sind Experten für das Intermediäre bzw. sollten es sein. Sie werden für ihre „gemischten Gefühle“ und die Arbeit in „gemischten Verhältnissen“ bezahlt. Einfache Parteilichkeitsorientierungen sind ebenso obsolet wie ein grundsätzliches „Ersetzen“ des „Klienten“ durch den „Kunden“.

Altenpfleger, Erzieher, Heilpädagogen usw. nehmen Aufgaben der Gemeinwesenorientierung mittelbarer wahr. Ihr Auftrag gegenüber dem Kind, alten Menschen, Menschen mit Behinderung ist zunächst eindeutiger dialogisch dominiert, allerdings gilt auch hier, dass eine Wahrnehmung der Person ohne Wahrnehmung des Umfeldes unvollständig ist. Vielfach wird Hilfe erst über das soziale Unterstützungsnetzwerk für den Nutzer wirksam.

Freiwilliges Engagement ist nicht soziale „Beruflichkeit“ mit anderen Mitteln. Eine Perspektive auf das Ehrenamt, die im Zentrum auf die Erbringung der von bezahlten Dienstleistern nicht erbrachten Leistungen zielt, verkennt das Profil sowohl sozialer Arbeit wie das sozialen Engagements, da es die differenten Ausgangslagen und Organisationsformen ausblendet.

Für Qualifizierung und Professionalisierung folgt daraus:

- Berufliche Identität darf nicht über Abgrenzung erworben werden.
- Freiwilliges soziales Engagement muss - jenseits der Darstellung von Initiativen - bereits in der Ausbildung so ins Blickfeld rücken, dass Zugänge und methodisches Handwerkzeug für künftige Ko-Produktionen erworben werden.
- Die Zusammenarbeit zwischen Profession und Ehrenamt muss an ihren Zielen überprüft werden.
- Die Fähigkeit, gemeinsame Ziele jenseits tradierter Zuwerkslogiken zu bestimmen, muss offenkundig erst noch entwickelt werden. Es geht um die Initiierung je spezifischer sozialer Arrangements, um Anliegen des Einzelnen und des Gemeinwesens zu befördern. Qualifizierung kann hierfür erste Visionen initiieren.
- Ein zentrales gemeinsames Ziel von Beruf und Ehrenamt kann dabei sein, strukturell eine Bündnispartnerschaft zu installieren, die die Bürger klarer für Kontinuität und Wert von Beruflichkeit eintreten lassen. Und in der zugleich die Professionen Bürger als Gestalter eines gemeinsamen Prozesses mit unterschiedlichen Rollen sowie Funktionen identifizieren und auf ihr Know-how bauen.



- Nicht zuletzt muss Qualifizierung den Blick schärfen auf strukturelle Verwerfungen, die sowohl in der Beziehung zwischen Beruf und Ehrenamt als auch in der konkreten Praxis wirksam werden. Dazu gehört u. a. die noch immer vorhandene traditionelle Verteilung von Frauen und Männern im sozialen Ehrenamt. Für die Entwicklung künftiger Kooperationsformen gilt es neben diesem weitere Prüfsteine im Hinblick auf die strategische Dimension von Partnerschaften zu identifizieren.
- Qualifizierung muss helfen, Standorte für die sozialen Berufe zu entwickeln, die sich endgültig vom Festhalten an einer guten - eigenen - Moral verabschieden. Dabei heißt ohne Moral nicht ohne Position. Ethische Grundhaltungen, die Dilemmasituationen antizipieren und differenziert angehen, die zum Ziel haben Vielfalt und Grenzen zu respektieren, bilden die Basis für einen klaren Standort, der nicht ob ungesicherter Wahlmöglichkeiten der Tendenz zur Panik und Vereindeutigung kurzschlüssig unterliegt.

Eines ist klar: Die Individualisierung ist - vorerst - unumkehrbar; insbesondere Frauen werden sich den damit einhergehenden Freiheitsgewinn nicht mehr nehmen lassen, auch wenn die Optionen ihn auch zu nutzen, nach wie vor nicht überzeugen können. Vom Verlust der Werte wie Familie, Altruismus etc. zu reden, hilft für den professionellen Kontext keinen Deut weiter, genauso wenig wie Ehrenamtliche und Professionelle in der Rolle des Lückenbüßers, des Ausfallbürgen zu beklagen für Leistungen, die man eigentlich den Familien etc. zueignet. Das ist im besten Sinne schlicht nicht zeitgemäß.

Position beziehen heißt für soziale Berufe, sich klar in ihrer Verantwortung für den Einzelnen in den Kontext des Gemeinwesens zu stellen, ein Gemeinwesen aus Bürgern, die - so sie es wünschen - sich engagieren werden. Den Prozess der Auseinandersetzung um die Beziehung zu den neuen und alten - gefürchteten - unbezahlten Partnern muss Qualifizierung voranbringen, auch wenn dies noch als ein weiter und konfliktreicher Weg erscheint!

